



Hauptstadtbrief

von Klaus-Peter Willsch MdB

Nr. 119

Nachrichten und Notizen

14.03.2014

aus Berlin und dem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai rückt näher. Zuvor findet am 5. April der 26. Parteitag der CDU statt. Auf dem Parteitag soll das CDU-Europawahlprogramm verabschiedet werden. Zum Europapolitischen Antrag des CDU-Bundesvorstandes hat der CDU-Kreisverband Rheingau-Taunus, dessen Vorsitzender ich bin, zwei Änderungsanträge eingebracht.

Stimmrechtsverlust des deutschen Bundesbankpräsidenten im EZB-Rat verhindern

Am 1. Januar 2015 soll Litauen als 19. Mitgliedstaat der Eurozone beitreten. Sobald der EZB-Rat (6 EZB-Direktoriumsmitglieder plus nationale Notenbankpräsidenten) 25 oder mehr Mitgliedern umfasst, gilt bei dessen Abstimmungen ein Rotationsprinzip, d.h., die im Rat vertretenen Präsidenten der nationalen Notenbanken verlieren nach einem bestimmten Modus jeweils für einen Monat ihr Stimmrecht, so auch der Präsident der Deutschen Bundesbank. Im Rotationsverfahren werden die Präsidenten nach wirtschaftlichem und finanziellem Gewicht ihres jeweiligen Mitgliedstaates einer Gruppe zugeweiht, innerhalb derer die Stimmrechte sodann rotieren. Die fünf größten Länder sollen vier feste Stimmrechte im EZB-Rat erhalten, die monatlich zwischen Ihnen rotieren.

Das Rotationsprinzip wurde seitens des Europäischen Rates im Jahr 2003 beschlossen. Damals stand die Erweiterung der Europäischen Union um zehn Staaten zum 1. Mai 2004 bevor. Mit dem Rotationsprinzip sollte die Entscheidungsfähigkeit des EZB-Rats angesichts steigender Mitgliederzahlen gewahrt bleiben. Aus damaliger Sicht war die Etablierung des Rotationsprinzips unproblematisch, da die Europäische Zentralbank nicht nur analog ihres Vorbilds der Deutschen Bundesbank konstruiert war, sondern sich auch so verhielt. Vorbild für den EZB-Rat war das oberste Organ der Deutschen Bundesbank, der Zentralbankrat, in dem Präsidenten und Vizepräsidenten der Deutschen Bundesbank, die Mitglieder des Direktoriums und die Präsidenten der Landeszentralbanken vertreten waren. Auch hier hatte jedes Ratsmitglied eine Stimme. Die Abstimmungen waren am Mandat, die Geldwertstabilität zu sichern, orientiert und nicht von den Interessen einzelner Bundesländer geleitet. Lange galt die Deutsche Bundesbank zu Recht als Leitbild für eine erfolgreiche Geldpolitik. Die Deutschen brachten mit der Deutschen Mark die „härteste“ Währung in die europäische Währungsunion ein.

Seit dem Ausbruch der sogenannten Euro-Krise im Jahr 2010 gerät die Deutsche Bundesbank jedoch zunehmend in eine Minderheitenposition. Es ist erkennbar, dass die Abstimmungen im EZB-Rat von nationalen Interessen geleitet sind. Auch wurde inzwischen mehrfach die sogenannte Bail-out-Klausel gebrochen, die eine Haftung eines

Staates für die Schulden eines anderen ausschließt. Deutschland haftet auf Basis bereits ausgezahlter Hilfgelder für mittlerweile 380 Milliarden Euro. Der potentielle Haftungsspiegel beläuft sich nach Berechnungen des ifo-Institutes auf 574 Milliarden Euro.

Infolge des beabsichtigten Beitritts von Litauen droht das Eintreten eines Automatismus, mit dem der deutsche Bundesbankpräsident als Vertreter des Hauptgläubigers bei Abstimmungen zeitweise ohne Stimmrecht ist. Dies darf nicht hingenommen werden. Zum Beispiel könnte die Bundesregierung die Außerkraftsetzung des Rotationsprinzips für die fünf größten Kapitalanteilseigner im EZB-Rat (Bundesrepublik Deutschland, Republik Frankreich, Italienische Republik, Königreich Spanien, Königreich der Niederlande) erwirken, um dies abzuwenden.

Unsere Forderung lautet daher:

„Die Bundesregierung soll eine Änderung des EZB-Regelwerkes erwirken, um sicherzustellen, dass der Präsident der Deutschen Bundesbank jederzeit Stimmrecht im EZB-Rat hat.

Bevor eine entsprechende Änderung der Satzung der EZB nicht erreicht ist, darf die Bundesregierung dem Beitritt weiterer Kandidaten in die Währungsunion nicht zustimmen.“

Den Antrag des CDU-Bundesvorstands können Sie hier herunterladen:
<http://www.cdu.de/artikel/europapolitischer-antrag-des-cdu-bundesvorstands-den-26-pariteitag>

Unser Antrag zur Aussetzung des Rotationsprinzips soll unter Ziffer 20, nach Zeile 525 eingefügt werden. Ich hoffe natürlich, dass möglichst viele Delegierte zustimmen.

Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abbrechen

Nach der vorschnellen Erweiterung der Europäischen Union im letzten Jahrzehnt sollte die EU auf absehbare Zeit keine weiteren Staaten aufnehmen. Nach dem vollzogenen Beitritt Kroatiens müssen zunächst die Institutionen, Arbeitsstrukturen und Kompetenzen neu justiert werden.

Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU lehnen wir schon immer ab. Die Türkei ist ein ganz überwiegend nicht-europäisches, islamisches Land mit anderen Werten.

Realistisch betrachtet wird die Türkei niemals Vollmitglied der EU werden können. Das sollte die EU endlich offen und ehrlich feststellen. Die Türkei muss keine „Hausaufgaben“ erledigen. Die Türken können in ihrem Staat so leben, wie sie es wollen. Da muss die EU der Türkei keine Vorschriften machen und die Türkei muss sich nicht widerspenstig unserer Lebensweise anpassen, nur um Mitglied der EU zu werden. Wir streben daher einen sofortigen Abbruch der Beitrittsverhandlungen an. Die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in der NATO steht dabei außer Frage. Sie bewährt sich gerade in der Stationierung deutscher Patriot-Raketenabwehrsysteme an der türkisch-syrischen Grenze. Eine weitere Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen ist ausdrücklich wünschenswert.

Unsere Forderung lautet:

„Daher setzen wir uns dafür ein, die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei umgehend abzubrechen. Statt Verhandlungen über einen unrealistischen EU-Beitritt sollen EU und Türkei in partnerschaftlichen Diskussionen den Fokus lieber auf ihre gemeinsamen Interessen wirtschaftlicher und geopolitischer Art richten.“

Dieser Antrag war ursprünglich eine Initiative der Jungen Union in meinem Wahlkreis und ist ebenfalls ganz überwiegend positiv aufgenommen worden.

Hinweisschild für Limes an der A3 kann doch errichtet werden

An der A3 kann in beiden Fahrtrichtungen vor der Anschlussstelle Idstein nun doch eine der markanten braunen touristischen Hinweistafeln für den Limes errichtet werden. Nachdem sich der scheidende Hohensteiner Bürgermeister Hans-Jürgen Finkler bei einer Bescheidübergabe für den neuen Limes-Premiumwanderweg im September 2013 darüber beklagte, dass die Kommunen immer wieder „an den Behörden gescheitert“ waren (vgl. Wiesbadener Kurier 19.09.2013), habe ich das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) erfolgreich um eine erneute Prüfung gebeten.

Ich freue mich, dass das Ministerium nun doch grünes Licht gegeben hat. Der Limes quert bei Idstein die Autobahn. Viele tausend Autofahrer fahren dort tagtäglich entlang, ohne zu wissen, dass sie die bedeutendste Grenze des Altertums kreuzen. Ich gehe davon aus, dass bei entsprechendem Hinweis mehr Autofahrer von der A 3 abfahren werden, um sich vor Ort über den Limes – immerhin seit einigen Jahren UNESCO-Welterbe – zu informieren. In der Nähe von Idstein-Dasbach steht an der L3026 ein sehr schöner und authentisch nach neuestem Forschungsstand rekonstruierter Limeswachturm. Zudem liegt in meiner Heimatgemeinde Hohenstein das Hofgut Georgenthal, das das Limesinformationszentrum für den Rheingau-Taunus-Kreis beherbergt. Da lohnt sich ein Besuch allemal.

Noch in seiner Ausgabe vom 19. September 2013 berichtete der Wiesbadener Kurier:

„Einen „Wermutstropfen“ schüttete Finkler außerdem in den bereitgestellten Sekt. Trotz jahrelanger Bemühungen sei es nicht gelungen, ein braunes Hinweisschild auf den Limes an der A3 installieren zu lassen. Immer wieder seien die Kommunen, die selbst die Tafel bezahlen wollten, an den Behörden gescheitert. „Es ist nicht zu fassen“, brachte

der Altbürgermeister seinen Unmut zum Ausdruck.“

Der Antrag wurde damals abgelehnt, weil die damals vorgesehenen Mindestabstände zu anderen Hinweistafeln nicht eingehalten werden konnten. Meine erneute Initiative hat das Ministerium zum Anlass einer Vorprüfung genommen. Da die Regelungen bzgl. der Mindestabstandsgrenzen mittlerweile überarbeitet wurden, würde ein erneuter Antrag heute positiv beschieden werden. Jetzt muss nur eine der betroffenen Kommunen – damals kam der Antrag von der Gemeinde Hohenstein – bei Hessen Mobil als zuständiger Straßenbaubehörde das Aufstellen der Hinweisschilder beantragen.

*** *** *** *** *** *** ***

Dem Hauptstadtbrief habe ich noch das Hintergrundpapier der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit „Grecovery rechtzeitig vor den Wahlen? Vom falschen Spiel (und falschen Zahlen) griechischer Politiker“ beigefügt. Der Text ist sehr lesenswert und sollte jedem die Augen die öffnen, der denkt es wäre auch nur irgendetwas besser geworden. Ich bin mir sicher, im Hintergrund wird schon an den nächsten „Hilfspaketen“ gearbeitet. Auch wenn es wie ein Rufen im Wald erscheint, ich werde weiter den Finger in die Wunde legen und bedanke mich gleichzeitig für Ihre treue Unterstützung.

Ihr



Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wer in den E-Mail- oder Fax-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, kann dies jederzeit über mein Berliner Büro veranlassen.

Hintergrund: Griechenland

Nr. 6 / 12. Februar 2014



„Grecovery“ rechtzeitig vor den Wahlen? Vom falschen Spiel (und falschen Zahlen) griechischer Politiker

Markus Kaiser

Der erste Primärüberschuss Griechenlands seit einer gefühlten Ewigkeit, griechische Regierungsvertreter, die sich in ihren Erfolgsgeschichten überbieten, ein verheerender Anti-Korruptionsbericht der EU-Kommission – und ein deutscher Finanzminister, der einem dritten Hilfspaket das Wort redet. Man muss nicht alles verstehen, was derzeit in und um Griechenland herum passiert. Bemerkenswert ist es allemal.

Das in Aussicht stellen eines dritten Hilfspakets durch den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble Anfang Februar schlug in Griechenland ein wie eine Bombe. Die „Euphorie“ über diese unerwartete Ankündigung hielt sich jedoch insbesondere in den eher konservativen Zeitungen in Grenzen: „Schäuble plant neue Folterrunde“, titelte die der Regierungspartei *Nea Dimokratia* (ND) nahestehende „*Dimokratia*“ und sprach von „drakonischen Maßnahmen“, die die Gebergemeinschaft Griechenland infolgedessen auferlegen könnte. Die Kalkulation hinter derartiger Rhetorik ist leicht zu entlarven: Sollte das Hilfspaket keine der befürchteten „drakonischen Maßnahmen“ enthalten – für die es zurzeit überhaupt keine Anhaltspunkte gibt – hätte Premierminister Samaras rechtzeitig vor der Europawahl, die in Griechenland zudem mit den Regional- und Kommunalwahlen zusammenfällt, die Gelegenheit, sich als „Gewinner“ möglicher Verhandlungen mit den europäischen Geberländern zu inszenieren.

Die liberalste unter den großen Tageszeitungen Griechenlands, die zunehmend regierungskritische „*Kathimerini*“, hatte noch tags zuvor darauf hingewiesen, dass die griechische Regierung mit nicht weniger als 153 Reformvorhaben, die zum Auslösen von Hilfstranchen bereits zugesagt worden seien, im Rückstand ist. Allein 57 dieser nicht umgesetzten Maßnahmen betreffen das Finanzministerium, jeweils 17 unvollendete Reformprojekte fallen in die Zuständigkeiten des Ministeriums für Entwicklung sowie des Arbeitsministeriums, acht Reformvorhaben betreffen bezeichnenderweise das „Ministerium für die Verwaltungsreform“.

Das inhärente Problem der Korruption

Für Aufsehen sorgte Anfang Februar zudem die Veröffentlichung des EU-Anti-Korruptionsberichts durch die liberale schwedische Kommissarin Cecilia Malmström. Insbesondere die der Studie zugrunde liegenden Umfragewerte lassen das Ausmaß an Korruption in Griechenland erkennen: 99 Prozent (!) der befragten Griechen sehen Korruption als ein im eigenen Land weitverbreitetes Problem (EU-Durchschnitt: 76%). 63 Prozent der Befragten glauben, dass Korruption ihr tägliches Leben beeinträchtigt (EU: 26%), erschütternde 93 Prozent sind davon überzeugt, dass Bestechung – die so genannten „*Fakelaki*“ (wörtlich: „kleiner Umschlag“) – und persönliche Beziehungen private Anliegen in der öffentlichen Verwaltung befördern (EU: 73%). In fast allen Fällen sind dies die EU-weit höchsten Werte.

Die EU-Kommission zitiert eine Studie von *Transparency International*, wonach sich die Kosten für die alltägliche Korruption in der öffentlichen Verwaltung Griechenlands im Jahr 2011 auf 554 Mio. Euro beliefen. Im jüngsten „*Global Competitiveness Index*“ des Weltwirtschaftsforums rangiert Griechenland auf Platz 91 von 148 untersuchten Staaten, mit Tiefwerten bei Begünstigungen der öffentlichen Hand und der Veruntreuung öffentlicher Gelder.

Wer nun denkt, die in Griechenland regierende „Große Koalition“ aus *Nea Dimokratia* und *PASOK* hätte entsprechend der von ihr beschriebenen Erfolgsgeschichte das Problem erkannt und beherzt angepackt, der irrt. Die EU-Kommission verweist in ihrem Anti-Korruptionsbericht auf eine Studie des Europarates aus dem August 2013, die dokumentiert, dass von 27 im Jahr 2010 ausgesprochenen Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung bis Mitte 2013 lediglich eine einzige umgesetzt worden sei. Zwar habe die Regierung eine „Nationale Anti-Korruptionsstrategie“ inklusive eines Maßnahmenkatalogs verabschiedet und einen Anti-Korruptionsbeauftragten eingesetzt, Erfolge seien indes nicht zu verzeichnen.

Die Gesetzgebung zur Korruptionsbekämpfung sei nach wie vor „über die Maßen kompliziert“, beanstandet der Bericht. So habe es bis vor einigen Monaten zwei unabhängige Behörden – den „Generalinspekteur der Öffentlichen Verwaltung“ und den „Zusammenschluss der Inspektoren der Öffentlichen Verwaltung“ – mit sich überschneidenden Zuständigkeiten gegeben. Die EU-Kommission kommt in Bezug auf Griechenland zu dem ernüchternden Schluss, dass „die Unklarheiten hinsichtlich der Umsetzung der Anti-Korruptionsstrategie die Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit des Einsatzes sowohl von Regierung als auch Parlament im Kampf gegen Korruption zumindest fraglich erscheinen lassen.“ Zudem bemängelt der Bericht, dass der Maßnahmenkatalog zur Korruptionsbekämpfung keinerlei messbare Indikatoren oder Richtgrößen beinhalte und somit nur bedingt überprüfbar sei.

Strukturreformen? – Fehlanzeige

Die griechische Regierung hält derweil ihre europäischen Partner mit Ankündigungen zu den Erfolgen ihrer Austeritätspolitik bei der Stange. So erklärte Premierminister Samaras Ende Januar, dass Griechenland 2013 einen Primärüberschuss – ein Haushaltsplus ohne Einberechnung der Zinslast – von mehr als einer Milliarde Euro erwirtschaftet habe. Dass derselbe Primärüberschuss zuvor im Oktober 2013 mit 2,62 Mrd. Euro und Anfang Januar 2014 mit 700 Mio. Euro angegeben worden war, lässt Rückschlüsse darauf ziehen, wie verlässlich diese Zahlen sind.

Überhaupt ist der Primärüberschuss, den die Regierung derzeit in Athen und Brüssel offensiv vermarktet, bilanziell höchst fragwürdig. Er kommt hauptsächlich deshalb zustande, weil die griechische Re-

gierung seit Jahren ihre Rechnungen nicht mehr bezahlt – und das mit Wissen und Billigung der Troika. So schuldet der griechische Staat allein Pharmaunternehmen, die staatliche Krankenhäuser beliefern, rund sechs Mrd. Euro, die einzig aus dem Grund nicht störend im Haushalt auftauchen, weil sie aus Mitteln des zweiten Hilfspakets (aus dem EFSF) beglichen werden sollen.

Darüber hinaus hat das oberste Verwaltungsgericht Griechenlands Ende Januar die 2012 von der griechischen Regierung veranlasste zehnpromtente Gehaltskürzung für Polizisten und Soldaten rückwirkend für unwirksam erklärt. Zu den Lohnrückzahlungen von etwa hundert Millionen Euro müssen noch Kosten für Pensionen und Beförderungen addiert werden, so dass mit Gesamtkosten von bis zu 500 Mio. Euro zu rechnen ist, die irgendwann – aber wahrscheinlich erst nach der Überprüfung des griechischen Primärüberschusses durch die europäische Statistikbehörde *Eurostat* im April dieses Jahres – in den Haushalt aufgenommen werden müssen.

So rechnet die griechische Regierung ihren Haushalt schön, wie sie es bereits in der Vergangenheit getan hat – nur mit dem Unterschied, dass es früher alternierend die konservative *Nea Dimokratia* und die sozialistische *PASOK* waren, die heute zusammen die Regierung bilden. Zwar ist die Verringerung des griechischen Haushaltsdefizits zweifellos beeindruckend – noch 2009 betrug es fast 16 Prozent, in diesem Jahr wird es vermutlich bei etwa 2,5 Prozent liegen –, doch sind die so genannten Reformen, die auch von hochrangigen europäischen Entscheidungsträgern gelobt werden, kaum mehr als das Ergebnis kurzfristiger, gravierender Steuererhöhungen und rigoroser Sparmaßnahmen. Bis heute wurden beispielsweise kaum Beamte aus dem aufgeblasenen Staatsapparat entlassen; der Rückgang der Beamtenzahl wurde hauptsächlich durch Versetzungen in den Ruhestand erwirkt. Das griechische Staatswesen ist immer noch weit davon entfernt, überlebensfähig zu sein, solange die öffentliche Verwaltung keiner grundlegenden Strukturreform unterzogen wird.

Doch damit nicht genug: Rechtzeitig vor den Regional- und Kommunalwahlen erklärte Premierminister Samaras „den schmerzhaften Anpassungsprozess“ für beendet und gab grünes Licht für die befristete Neueinstellung von 17.951 Beamten. Allein 6.600 Stellen davon sollen mit Geldern aus EU-Förderprogrammen finanziert werden. Das Motto lautet erneut: Staatsjob gegen Stimme. Laut einem Schreiben des Innenministers Giannis Michelakis müssen die betreffenden Prozeduren bis zum 18. März abgeschlossen sein, da laut Gesetz in den zwei Monaten vor anberaumten Wahlen keine Neueinstellungen im Staatssektor erfolgen dürften.

Auf europäischer Ebene wird dies indes nicht weiter thematisiert, passt es doch nicht so recht zu der Erfolgsgeschichte, die insbesondere die europäischen Konservativen gerne ihrer griechischen Partnerpartei zuschreiben. Tatsächliche Reformen werden auch zwei Jahre nach Regierungsübernahme nicht umgesetzt: Die Öffnung der staatlich regulierten Berufe kommt nicht voran, die Privatisierung von Staatsunternehmen stockt. Ganze Berufszweige sind nach wie vor gegen Wettbewerb abgeschottet. Das hält die Preise hoch. Deshalb ist beispielsweise Milch im krisengeschüttelten Griechenland noch immer 34 Prozent teurer als in anderen europäischen Staaten; Umzüge kosten dank des regulierten Speditionsmarktes im Vergleich zu Deutschland leicht das Doppelte – und das alles bei Durchschnittsgehältern, über die in Deutschland nur müde gelächelt werden würde.

Tatsächlich beginnt die Krise, die gut situierte Mittelschicht zu erreichen: Die Arbeitslosigkeit erreichte Ende 2013 mit 27,8 Prozent einen neuen Höchststand, immer mehr Haushalte müssen Privatinsolvenz anmelden. Wäre der Winter härter gewesen, hätte es nach Meinung liberaler griechischer Partnerorganisationen zu Unruhen kommen können, weil viele Familien nicht mehr in der Lage gewesen wären, ihre Heizkosten zu begleichen. Ob sich 2014 eine Verbesserung der Situation für die Bürgerinnen und Bürger einstellt, darf bezweifelt werden. Zwar sagt die EU-Kommission Griechenland ein

Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent voraus, von dem aktuell jedoch noch nichts zu spüren ist: Noch im November produzierten die Betriebe 6,1 Prozent weniger als im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Status-Quo-Regierung mit Familienbanden

Bekräftigte Premierminister Samaras bei seiner Amtsübernahme noch ausdrücklich den Reformwillen seiner Regierung, zählt inzwischen, ganz nach alter Tradition, „Familienqualifikation“ mehr als fachliche Kompetenz. So wurden die nach dem Austritt der „Demokratischen Linken“ (*DIMAR*) aus der Regierungskoalition im Juni 2013 – damals als Folge der kontroversen Schließung des Staatsfernsehens ERT – frei gewordenen Regierungsposten u.a. mit Kyriakos Mitsotakis, Sohn des früheren Premierminister Konstantinos Mitsotakis und Bruder der früheren Außenministerin Dora Bakoyannis, und Miltiadis Varvitsiotis, Sohn des früheren Verteidigungsministers Ioannis Varvitsiotis, mit Sprösslingen einflussreicher Familien besetzt. Zudem sitzt mit Olga Kefalogianni die Tochter des früheren Innenministers Ioannis Kefalogiannis und Cousine des designierten ND-Spitzenkandidaten für die Europawahl, Manolis Kefalogiannis, als Tourismusministerin mit am Kabinetttisch.



Liberal Roadshow (Foto: FNF Brüssel)

„Diese Regierung ist eine Status Quo-Regierung, die nicht die Absicht hat, irgendetwas an dem System, das ihren Machterhalt sichert, zu ändern“, sagt auch Thodoros Skylakakis MdEP, der als Mitglied der ALDE-Fraktion im Europäischen Parlament Griechenlands „einziger liberale Berufspolitiker“ ist. „Wenn man ein falsches System aufrechterhält, wird man auch die falschen Resultate bekommen.“ Skylakakis ist Präsident der ALDE-Mitgliedspartei „*Drassi*“, die in einer Pressemitteilung vom 3. Februar die „Große Koalition“ aus *Nea Dimokratia* und *PASOK* ebenfalls scharf angreift: „Die Parteien, die für unseren Bankrott – sowohl staatlich als auch politisch – verantwortlich sind, treiben jetzt die Bürger in den Bankrott. Die Mittelklasse wird in eine Katastrophe getrieben; verzweifelt, weil auch die Opposition nur eine undurchführbare Rückkehr in die Vergangenheit vorschlägt.“

Die Rechnung bezahlt... ja, wer eigentlich?

Weder die Regierung in Athen noch ihre europäischen Partner lassen sich davon jedoch von ihrem Weg abbringen. „Kein anderes Land hat in Friedenszeiten so viel erreicht wie Griechenland seit 2009“, zog Finanzminister Yannis Stournaras im Februar 2014 Bilanz. „Griechenland hat große Fortschritte gemacht, es ist auf dem richtigen Weg, es hat seinen Haushalt verabschiedet“, erklärte Wolfgang Schäuble jüngst in Brüssel. „Das Wachstum und die Defizitzahlen sind besser, als wir das vor eineinhalb Jahren angenommen haben.“ Und Premierminister Samaras erschuf exklusiv für die BILD-Zeitung sogar ein neues Wort für den vermeintlichen Aufschwung: Anstatt vom „Grexit“ spricht er jetzt von „Grecovery“.



Merkel und Samaras (Foto: The Council of the European Union)

Die Kalkulation hinter dem Lob, den Schulterklopfen, den Erfolgsgeschichten, ist eindeutig: Die *Nea Dimokratia* soll als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EPP) der Garant für ein „Weiter so!“ in Griechenland sein. Samaras liefert seinen europäischen Partnern die Zahlen, die sie sehen wollen. Im Gegenzug wird seine Regierung durch finanzielle Zugeständnisse und einen Abbau des Drucks, weitere Austeritätsmaßnahmen durchführen zu müssen, am Leben gehalten – obwohl sie aus Gründen der Selbsterhaltung nicht willens ist, substantielle und dringend erforderliche Reformen anzugehen.

Ein in Brüssel unlängst zu hörendes Szenario für eine Fortsetzung der sich selbst erfüllenden Prophezeiung von Griechenlands Erfolgsgeschichte lautet, dass als Folge der aktuell verkündeten „Trendwende“ rechtzeitig vor den Europawahlen im Mai neue Hilfen für Griechenland angekündigt werden, um die wankende griechische Regierung zu stabilisieren. Sollte Griechenland dann 2014 wirklich einen Primärüberschuss erzielen, werde man von europäischer Seite über eine weitere Erleichterung der Schuldenlast verhandeln. So baut eines auf dem anderen auf.

Dazu passt, dass das Anfang Februar von Wolfgang Schäuble in Aussicht gestellte Hilfspaket „nur“ dreizehn bis fünfzehn Mrd. Euro umfassen soll. Die weitaus wichtigere Komponente dieses Hilfspakets zur Aufrechterhaltung des Konstrukts könnte aber sein, die Rückzahlung der griechischen Kredite auf bis zu fünfzig Jahre zu strecken, bei gleichzeitiger Senkung der Zinsrate. So würde der griechische Haushalt weiter zu Gunsten Athens ent- oder eben verzerrt.

„Der Vorstoß von Wolfgang Schäuble für ein drittes Griechenlandpaket ist absolut nicht nachvollziehbar“, kritisierte Alexander Graf Lambsdorff MdEP Anfang Februar in Brüssel und sprach aus, was viele reformorientierte Kräfte denken: „Offensichtlich will die Große Koalition in Berlin der Großen Koalition in Athen Wahlkampfhilfe leisten. Das ist falsche Solidarität ohne Solidarität.“

Wahlssystem behindert liberale, reformorientierte Kräfte

Für die Stabilität der griechischen Regierung noch bedeutender als die Europawahl dürften die zeitgleich stattfindenden Regionalwahlen sein. Theoretisch wäre dies auch für reformorientierte Kräfte eine Chance, einen bottom-up-Prozess in Gang zu setzen.



Liberales Seminar (Foto: FNF Brüssel)

Doch insbesondere auf kommunaler und regionaler Ebene ist es quasi unmöglich, eigene, reformorientierte Listen aufzustellen. Hier schreibt das Gesetz je nach Größe der Stadt oder Region Wahllisten von bis zu 180 Personen vor, um überhaupt eine Zulassung zur Wahl zu erhalten. Koalitionsbildungen sind nur vor der Wahl, nicht jedoch danach zugelassen. Die offizielle Überlegung dahinter ist, dass sich so komplette Administrationen zur Wahl stellen – inoffizieller Vorteil dieses Systems ist, dass sich auf diese Weise die traditionell großen Parteien *Nea Dimokratia* und *PASOK* ihren Einfluss und ihre Pfründe sichern. Anstelle der *PASOK* ist nun vielerorts das vermeintlich linksradikale Bündnis *SYRIZA* getreten, ohne sich jedoch in Form und Inhalt signifikant von seinem linken Vorgänger zu unterscheiden.

So werden liberale, reformorientierte Kräfte häufig vor die Wahl gestellt, sich entweder der amtierenden „Bürgermeisterliste“ oder eben der „Anti-Bürgermeisterliste“ anzuschließen – und ihre Überzeugungen dabei zu kompromittieren. Die siegreiche Listenverbindung erhält dann – analog zu den Parlamentswahlen auf nationaler Ebene – einen automatischen Zusatz-Bonus an Sitzen, der eine stabile Mehrheit gewährleistet. Auch wenn eine Liste mit nur wenigen Stimmen Vorsprung gewinnt, kann sie so doppelt bis dreimal so viele Sitze im Stadtrat erhalten als die zweitplatzierte Liste.

Die stark ausgeprägte Bipolarität des griechischen Systems – „rechts“ gegen „links“ oder, um es mit Begriffen des griechischen Bürgerkriegs auszudrücken: „republikanisch“¹ gegen „kommunistisch“ – führt auch innerhalb des liberalen Lagers zu einer geradezu unüberwindlichen Hürde. So existiert im Zentrum des politischen Spektrums Griechenlands nach wie vor eine tiefe Kluft zwischen bürgerlich-liberalen und sozial-liberalen Kräften, die dazu führt, dass Liberalismus *de facto* keine Rolle spielt, da sich „linke“ und „rechte“ Liberale permanent widersprechen – wenn sie denn überhaupt miteinander sprechen.



Gerhardt und Boutaris (Quelle: FNF Brüssel)

Eine wohlthuende Ausnahme bildet das Oberhaupt der zweitgrößten Stadt Griechenlands, Giannis Boutaris, als Bürgermeister von Thessaloniki. Der ehemalige Geschäftsmann und Winzer erreichte bei der Kommunalwahl im November 2010 mit seiner „Initiative für Thessaloniki“ einen Machtwechsel von der dort traditionell amtierenden *Nea Dimokratia* hin zu einer reformorientierten Liste. In den vergangenen vier Jahren gelang es Boutaris, mit Patronage und Misswirtschaft zu brechen und einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sein Vorgänger im Amt,

Vasilis Papageorgopoulos, wurde Anfang 2013 für die Veruntreuung von 51,4 Mio. Euro zu lebenslanger Haft verurteilt.

In einem politischen System, das auf die Auseinandersetzung zwischen rechten und linken Kräften ausgelegt ist, findet die politische Mitte kaum Gehör. Andererseits gibt es gerade in der politischen wie gesellschaftlichen Mitte einen großen, unbesetzten Handlungsspielraum, den es auszufüllen gilt, da die vermeintlichen „Volksparteien“ *Nea Dimokratia* und *SYRIZA* sich eher zu den Rändern des politischen Spektrums orientieren.

Es sollte daher der Anspruch aller reformorientierten Kräfte Griechenlands sein, eine selbstständige, legitime Alternative zu den traditionell vorherrschenden Kräften zu bilden. Hierfür benötigt die noch immer nur rudimentär ausgebildete Zivilgesellschaft jede erdenkliche Unterstützung. Mit ihren Aktivitäten in Griechenland gewährt die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit seit 2012 diese „Hilfe zur Selbsthilfe“ jeder Gruppierung, die liberale, reformorientierte Ansätze verfolgt und sie einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit zugänglich macht. Auf dass auch in Griechenland irgendwann einmal Worthülsen durch tatsächliche Reformen ersetzt werden.

Markus Kaiser ist Projektmanager der FNF für Griechenland

¹ So bedeutet „Dimokratia“ (δημοκρατία) nicht nur „Demokratie“, sondern auch „Republik“. Der Parteiname „Nea Dimokratia“ nimmt somit nicht so sehr Bezug auf die Demokratie an sich, sondern vielmehr auf eine Kontinuität mit den republikanischen, nationalen Kräften des griechischen Bürgerkriegs.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Bereich Internationale Politik
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam